

A2NEU 1. Rette Deinen Kiez – zusammen für ein bezahlbares und lebenswertes Neukölln

Antragsteller*innen:

Text

1. Rette Deinen Kiez – zusammen für ein bezahlbares und lebenswertes Neukölln

Bezahlbarer Wohnraum und faire Mieten für Gewerbe, soziale Infrastruktur und kulturelle Projekte sind die Grundlage dafür, dass alle sicher in ihrem Umfeld bleiben können. Wir GRÜNE nutzen alle Möglichkeiten, um bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum dauerhaft zu sichern, neu zu schaffen und rasant steigende Mietpreise zu unterbinden. Spekulant*innen zeigen wir konsequent die rote Karte. In den vergangenen fünf Jahren hat Neukölln unter Führung des GRÜNEN Baustadtrates Jochen Biedermann die Wohn- und Stadtentwicklungspolitik im Bezirk um 180 Grad gedreht - heute sind große Teile des Bezirks zum Milieuschutzgebiet erklärt, wir kämpfen um jedes Haus und jede Wohnung. Das neu aufgebaute Präventionsteam im Sozialamt unterstützt Menschen im Kampf gegen Mietschulden und Obdachlosigkeit. Diesen Weg werden wir weitergehen. Das gilt auch für den Neubau. Das „Neuköllner Modell“ mit dem bei Neubau preiswerter Wohnraum verlangt wird, ist mittlerweile über die Stadtgrenzen hinaus bekannt, es steht für eine Politik, bei der beim Neubau konsequent ein Anteil von Sozialwohnungen Pflicht ist.

Das Miteinander in Neukölln hängt elementar davon ab, dass die soziale Infrastruktur gut aufgestellt ist. Das gilt für Schulen, Kindertagesstätten, Spielplätze, Seniorenfreizeitstätten oder Gemeindezentren, aber auch für die Sozialarbeit. Wir haben es in den vergangenen Jahren geschafft, soziale Träger in die dauerhafte Finanzierung zu nehmen, die Neuköllner Stadtteilmütter sind sogar berlinweit als Projekt mit festen Stellen verankert worden. In den nächsten Jahren möchten wir weitere Projekte besser absichern und die Stadtteilkoordination als Anlaufstelle für Anwohner*innen und Projekte stärken. Für Kitas oder kulturelle Einrichtungen wollen wir Räume schaffen, auch indem wir dafür sorgen, dass sie bei der baulichen Planung konsequent mitgedacht werden.

Und was wäre Neukölln ohne die Durchmischung von Handwerk, kleinem Gewerbe, Industrie und Gastronomie. All das wollen wir schützen. Neukölln braucht keine neuen Hotels oder reine Bürogebäude in Wohngebieten, sondern vielfältige Stadtteile.

Schlüsselprojekte:

- Bezahlbares Wohnen statt Mietenwahnsinn

Die Mietenpolitik haben wir vom Kopf auf die Füße gestellt. 2016 gab es noch kein einziges Milieuschutzgebiet, jetzt gibt es zehn. Wir haben Häuser aufgekauft, hunderte Wohnungen gerettet und mit dem „Neuköllner Modell“ beim Neubau wo immer möglich Sozialwohnungen zur Pflicht gemacht. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Ziel ist, den gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen. Auf Bundesebene kämpfen wir dafür, Mietobergrenzen im Bestand zu ermöglichen.

- Soziale Infrastruktur sichern und ausbauen

Gemeinwohl braucht Räume, um sich zu entfalten. Das geht nur mit Stadtteilzentren, Seniorenfreizeitstätten, Kitas, Jugendeinrichtungen und sicher finanzierten Projekten. Es ist uns beispielsweise gelungen das Neuköllner Vorzeigeprojekt

Stadtteilmütter mit festen Stellen berlinweit zu verankern. Diesen Weg wollen wir weitergehen, weitere Projekte finanziell dauerhaft sichern und neue Räume für nachbarschaftliches Miteinander schaffen. Dazu gehören nicht-kommerzielle und ebenso selbstverwaltete Angebote.

- Hermannplatz umgestalten - Verkehrssicherheit erhöhen

Der Hermannplatz ist ein zentraler Ort für den Norden des Bezirks. Aufgrund der Verkehrsführung ist er allerdings als öffentlicher Aufenthaltsraum für alle wenig nutzbar. Der Platz ist heute einer der Unfallschwerpunkte des Bezirks. Wir wollen den Hermannplatz umgestalten und dabei die jetzigen Straßenflächen für Autos deutlich reduzieren, sichere Fuß- und Radverbindungen über den Platz schaffen und die gewonnene Fläche für neue Aufenthaltsangelegenheiten nutzen. Dabei wollen wir Anwohner*innen und Marktbetreiber*innen einbinden. Voraussetzung für eine stadtverträgliche Umgestaltung des Kaufhausstandortes ist für uns ein ergebnisoffenes und transparentes Beteiligungsverfahren. Den von SIGNA vorgeschlagenen Neubau eines Monumentalgebäudes lehnen wir ab.

1.1 Fair Mieten, gerecht Wohnen

Spekulation und Zweckentfremdung beenden, bezahlbaren Wohnraum schaffen

Steigende Mieten betreffen längst den gesamten Bezirk. Daher tut unser GRÜNER Baustadtrat Jochen Biedermann alles in unserer Macht stehende, um Mieter*innen zu schützen. Der Milieuschutz, der uns unter anderem die Anwendung des Vorkaufsrechts ermöglicht, ist das wichtigste bezirkliche Instrument gegen Verdrängung und den Ausverkauf unserer Kieze durch Spekulant*innen. Durch unser Engagement ist mittlerweile der gesamte Norden Neuköllns Milieuschutzgebiet. Und auch außerhalb des S-Bahnringes haben wir GRÜNE für Milieuschutzgebiete in der Gropiusstadt, um den Kranoldplatz und rund um die Germaniapromenade gesorgt und somit die Zahl der Milieuschutzgebiete auf insgesamt zehn erhöht - noch Anfang 2016 gab es kein Einziges!

Mit Milieuschutz können preistreibende Luxusmodernisierungen verhindert werden. So haben wir in den letzten Jahren dazu beitragen, dass viele Neuköllner*innen in ihren Häusern bleiben konnten und nicht wegen rasant steigender Mieten ausziehen mussten. Den Milieuschutzregeln entwickeln wir kontinuierlich weiter - um sie noch passgenauer machen und alle gesetzlichen Spielräume auszunutzen. Dabei binden wir interessierte Neuköllner*innen mit ein, im von uns initiierten Milieuschutzbeirat beraten Zivilgesellschaft, Eigentümer- und Mietervertreter*innen gemeinsam mit Politik und Verwaltung. Das wollen wir forsetzen.

Wer hier Häuser kauft, muss sich an unsere Regeln halten. Investor*innen, die nicht bereit sind etwa auf die Aufteilung der Gebäude in Eigentumswohnungen zu verzichten, dürfen in Neukölln nicht mehr zum Zuge kommen. Darum haben wir GRÜNE erfolgreich das Vorkaufsrecht in Neukölln angewandt. Partner sind dabei für uns nicht nur städtische Wohnungsbaugesellschaften, sondern auch Genossenschaften, Stiftungen sowie Anwohner*innen- und Nachbarschaftsinitiativen. Denn diese stellen sicher, dass die Objekte dauerhaft der Spekulation entzogen werden. Dabei ist uns besonders wichtig, die betroffenen Mieter*innen intensiv zu beteiligen. Eine neue geschaffene Stelle im Rathaus informiert Betroffene frühzeitig darüber, dass die Ausübung des Vorkaufrechts geprüft wird und bindet sie durch kontinuierliche und transparente Kommunikation ein.

155 Ein Vorkaufsrecht kann durch die Unterzeichnung einer Abwendungsvereinbarung abgewendet
156 werden. In diesen verpflichten sich Käufer*innen, auf Luxus-Modernisierung und 20 Jahre
157 auf Umwandlung in Eigentumswohnungen zu verzichten. Auch durch diese Vereinbarungen
158 konnten wir in den vergangenen Jahren tausende Wohnungen in Neukölln vor
159 Mietpreistreiberei und Gentrifizierung schützen. Die aktive Wahrnehmung von bezirklichen
160 Befugnissen in Milieuschutzgebieten ist eines von vielen Beispielen, wie wir GRÜNE das Amt
161 für Stadtentwicklung in den letzten Jahren im Sinne der Neuköllner*innen neu ausgerichtet
162 haben. Das wollen wir fortsetzen.

163 Wohnungen sind keine Hotels. Darum setzen wir GRÜNE uns konsequent für die Einhaltung des
164 Zweckentfremdungsverbot ein. Zweckentfremdung zu ahnden ist sehr zeit- und
165 personalaufwändig. Im Bezirksamt wollen wir darum zusätzliche Stellen schaffen, um der
166 Zweckentfremdung von Wohnungen konsequent entgegenzutreten. Außerdem muss das
167 Zweckentfremdungsverbot auf Landesebene weiterentwickelt und geschärft werden. Den Neubau
168 von möblierten Microappartements wollen wir wo immer möglich unterbinden. Diese Form von
169 teurem und temporärem Wohnen treibt die Bodenpreise zusätzlich in die Höhe. In Berlin und
170 Neukölln braucht es „echte Wohnungen“ mit gemischten Grundrissen, die ein dauerhaftes
171 Wohnen von Singles wie von großen Familien ermöglichen und die Grundlage für eine
172 ausgewogene Nachbarschaften bilden.

173 Die Klimaziele werden ohne Maßnahmen im Gebäudebereich verfehlt werden. Energetische
174 Modernisierungen müssen jedoch für die Mieter*innen sozial tragfähig sein. Wir setzen uns
175 deshalb dafür ein, dass z.B. die begonnenen Aktivitäten für eine sozial verträgliche
176 Quartierssanierung fortgesetzt und alle Möglichkeiten der Inanspruchnahme von
177 Fördermitteln auch genutzt werden. Die Genehmigungskriterien für energetische
178 Modernisierung in Milieuschutzgebieten wollen wir so verfeinern, dass die Mieterhöhungen
179 warmmietneutral bleiben.

180 Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Mietendeckel steht der Bund nun in der
181 Pflicht, mietregulierend einzuschreiten. Unsere GRÜNEN Forderungen sind dabei klar: Wir
182 wollen Mietobergrenzen im Bestand ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und
183 verschärfen.

184 Eigentum verpflichtet

185 Wir GRÜNE wollen alle Hebel in Bewegung setzen, dass Häuser beim Verkauf in guten Händen
186 bleiben. Auch viele Einzeleigentümer*innen, die ihr Haus und seine Bewohner*innen seit
187 Langem kennen, haben daran ein Interesse. In den vergangenen Jahren hat sich unser GRÜNER
188 Baustadtrat mit viel persönlichem Einsatz um solche Fälle gekümmert. Wir wollen das
189 Bezirksamt mit mehr Mitteln ausstatten, um verkaufswillige Eigentümer*innen zu vernetzen
190 und Wege für einen verantwortungsbewussten Verkauf aufzuzeigen, bei dem auch die
191 Interessen der Mieter*innen gewahrt bleiben. Bisher fehlt im Bezirksamt eine Stelle, die
192 den Kontakt zu gemeinwohlorientierten Partnern herstellt, berät und den Prozess
193 professionell begleitet. Diese Lücke wollen wir GRÜNE schließen und eine Alternative zur
194 Beauftragung eines herkömmlichen Maklerbüros eröffnen.

195 Unter unserem GRÜNEN Stadtrat Jochen Biedermann hat das Bezirksamt in den letzten Jahren
196 zudem bei größeren Modernisierungsmaßnahmen mit den Eigentümer*innen eine Vielzahl von
197 Vereinbarungen ausgehandelt – etwa in der Gropiusstadt –, die die Mieterhöhungen begrenzen
198 und den Bewohner*innen ermöglichen, in ihren Wohnungen zu bleiben. Diesen Weg wollen wir
199 konsequent weiter fortsetzen.

200 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik,
201 dass dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich

202 Wohnen und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des
203 Volksbegehrens. Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu
204 gebieten und den gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand auf mindestens 50 Prozent zu
205 erhöhen. Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen
206 verhandeln und agieren kann. Wenn Wohnungsunternehmen sich weigern, ihrer sozialen
207 Verantwortung nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren
208 gestützt, den Schritt der Vergesellschaftung gehen müssen.

209 Hilfe und Beratung geben und Obdachlosigkeit verhindern, bevor sie entsteht

210 Die Angst um ihre Wohnung macht Menschen nicht nur Angst, es macht sie oft regelrecht
211 krank. Wir nehmen es nicht hin, dass Betroffene aufgrund drastischer Mieterhöhungen oder
212 fingierter Eigenbedarfskündigungen ausziehen müssen. Denn meist verlieren sie nicht nur
213 die Wohnung, sondern ihr gesamtes soziales Umfeld, weil sie im Kiez keine neue Wohnung
214 finden. Helfen können hier die kostenlosen bezirklichen Mieter*innenberatungen, für die
215 wir GRÜNE eintreten.

216 Häufen sich Probleme in einem Haus, berät diese auch direkt vor Ort. Denn nur, wer
217 ihre*seine Rechte kennt, kann diese auch durchsetzen. Hierfür wollen wir dauerhaft die
218 erforderlichen Mittel im Bezirkshaushalt zur Verfügung stellen und die aufsuchende
219 Mieter*innenberatung ausbauen.

220 Für viele Menschen ist die Wohnungssuche besonders schwer: Sie werden aufgrund ihrer
221 Herkunft oder Zuwanderungsgeschichte, aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen
222 Orientierung, aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung, aufgrund eines geringen
223 Einkommens oder staatlicher Unterstützungsleistungen diskriminiert. Wir wollen, dass alle
224 Menschen den Bezirk ihr Zuhause nennen können. Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
225 treten wir GRÜNE darum konsequent entgegen. Wir setzen uns dafür ein, dass die
226 bezirklichen Rechtsberatungen mit der Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem
227 Wohnungsmarkt eng kooperieren. Betroffenen soll so wirksam geholfen werden.

228 Das erfolgreichste Mittel gegen Obdachlosigkeit ist, zu verhindern, dass jemand seine
229 Wohnung verliert. Daher hat unser GRÜNER Stadtrat Jochen Biedermann in dieser Wahlperiode
230 ein vielbeachtetes Präventionsteam für Neuköllner*innen in Wohnungsnot aufgebaut und
231 Zwangsräumungen den Kampf angesagt. Das Präventionsteam unterstützt Mieter*innen, denen
232 Kündigung oder Räumung drohen. Sozialarbeiter*innen gehen zu Betroffenen nach Hause,
233 bieten Hilfe an und unterstützen sie dabei ihre Wohnung zu behalten. Dadurch konnten wir
234 allein im Jahr 2019 mehr als 150 Mietverhältnisse retten. Um Wohnungslosigkeit und
235 Obdachlosigkeit zu verhindern, werden wir diesen Weg konsequent weitergehen und zukünftig
236 noch enger mit Wohnungseigentümer*innen und den Wohnungsbaugesellschaften
237 zusammenarbeiten.

238 Wir werden aber auch die Unterstützung für wohnungslose und obdachlose Menschen weiter
239 stärken. Über das Angebot der Kältehilfe hinaus wollen wir Notunterkunftsplätze aufbauen,
240 in denen es zugleich niedrigschwellige und unbürokratische Beratungsangebote gibt, um
241 Menschen Wege aus der Obdachlosigkeit aufzuzeigen.

242 Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass ein Pilotprojekt in Neukölln nach dem
243 Vorbild der erfolgreichen Initiative „Housing First Berlin“ eingerichtet wird. Dieses soll
244 insbesondere auch Menschen unterstützen, die auf dem Wohnungsmarkt Diskriminierung
245 ausgesetzt sind: Frauen*, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, Schwarze Menschen
246 und People of Color sowie Obdachlose hohen Alters.

247 Der richtige Neubau für Neukölln

248 Die Flächen in Neukölln sind weitgehend bebaut, es gibt nicht mehr viele freie Flächen,
249 für Wohnungsbau. Die gute Nachricht ist, dass in Berlin dennoch genügend Bauland
250 ausgewiesen wurde, um den Bedarf an Wohnungen bis 2030 zu decken. Da Bauland wertvoll ist,
251 achten wir GRÜNE darauf, dass Neubau auch für Wohnungssuchende mit geringem und mittlerem
252 Einkommen entsteht und möglichst viel Grün erhalten bleibt. Mit bebaubaren Flächen muss
253 verantwortungsvoll und sparsam umgegangen und vor allem bezahlbarer Wohnraum geschaffen

254 . Mit bebaubaren Flächen muss verantwortungsvoll und sparsam umgegangen und vor allem
255 bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Entsprechend hat Geschosswohnungsbau dort, wo es
256 möglich und städtebaulich vertretbar ist, für uns grundsätzlich Priorität gegenüber dem
257 Einfamilienhausbau.

258 Wir brauchen Wohnungsneubau – aber den Richtigen! Noch immer wird vielfach am Bedarf
259 vorbei gebaut. Erst seitdem wir GRÜNE die Stadtentwicklung in Neukölln verantworten, ist
260 auch in unserem Bezirk ein Anteil von bezahlbaren Wohnungen bei Neubauvorhaben
261 verpflichtend: Knapp jede dritte Wohnung ist mietpreis- und belegungsgebunden, wenn neues
262 Baurecht geschaffen wird. Dieses sogenannte Berliner Modell der kooperativen
263 Baulandentwicklung muss auch weiter konsequent Anwendung finden. Einen Rückfall in Zeiten,
264 in denen Neubaubohne soziale Verpflichtungen gang und gäbe war, darf es nicht geben.

265 Wir GRÜNE haben im Bezirksamt mit dem Neuköllner Modell ein darüber hinausgehendes
266 Verfahren für kiezverträglichen Wohnungsbau entwickelt. Bei Neubau haben wir dadurch wo
267 immer möglich einen Anteil von Sozialwohnungen zur Pflicht gemacht. Wir wollen zudem, dass
268 in Wohngebieten mit Geschosswohnungsbau keine einstöckigen Supermärkte oder Flachbauten
269 mehr errichtet werden. Stattdessen bieten mehrstöckige Gebäude Raum für Wohnungen und
270 soziale Infrastruktur. Wir unterstützen Eigentümer*innen dabei existierende einstöckige
271 Supermärkte zu überbauen oder durch mehrstöckige Gebäude zu ersetzen. Gleichzeitig
272 verlangen wir bei Neubau und Dachgeschossausbau, dass Ökologie und Stadtnatur mitgedacht
273 werden. Hofentsiegelung, Fassadenbegrünung gehören genau dazu wie Lebensraum für Vögel.

274 Alle verbleibenden baulichen Flächen, die für einen Neubau in Frage kommen, sollen sozial
275 und ökologisch nachhaltig bebaut werden. Großflächigere Neubauprojekte brauchen
276 Verkehrskonzepte mit einer guten Anbindung an den ÖPNV. Jeder Neubau muss auch ökologisch
277 vertretbar sein. Flächenversiegelung wollen wir minimieren. Passiv- oder
278 Niedrigenergiebauweise und Solarenergie wollen wir fördern und Projekte unterstützen, die
279 verstärkt regionale und umweltschonende Baustoffe wie z.B. Holz und Recyclingmaterial
280 einsetzen. Regenwasserversickerung, Dach- und Fassadenbegrünung, Artenschutz und Erhalt
281 der Biodiversität müssen von Beginn an mitbedacht werden. Wo möglich sollen Dachflächen
282 für Solaranlagen genutzt werden. Im Zuge von Bauvorhaben treten wir GRÜNE überdies für
283 einen offenen Dialog und transparente Planungs- und Abstimmungsprozesse, die die
284 Beteiligung der Anwohnenden und den Austausch mit Stadtplaner*innen, dem Bezirksamt und
285 der interessierten Öffentlichkeit sicherstellen.

286 1.2 Stadt für Alle

287 Stadtteiltreffpunkte sichern, Gemeinwesen und Communities stärken, Zwischennutzungen
288 ermöglichen

289 In den Neuköllner Quartiersmanagement-Gebieten (QM) wurden das Wohn- und Lebensumfeld zum
290 Beispiel durch angenehme Aufenthaltsorte und durch lokale Projekte für Bildung, Beratung,
291 Kultur und Nachbarschaft verbessert. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich für neue QM-Gebiete
292 im Harzer Kiez, in Neu-Britz und in der nördlichen Gropiusstadt eingesetzt. Denn diese
293 Quartiere stehen schon lange vor großen Herausforderungen, wie z.B. Kinder- und

294 Familienarmut. Sie zeichnen sich aber vor allem durch ihre Qualitäten aus: Vielfalt,
 295 Diversität und das hohe Engagement der Menschen vor Ort. Dieses Engagement der
 296 Bewohner*innen und Initiativen für ihren Kiez soll ausgebaut, Projekte zur Bildung der
 297 Stärkung der Nachbarschaft angestoßen und mit anderen Beratungs- und Beteiligungsformaten
 298 wie z.B. den Mieter*innenberatungen eng verzahnt werden. Das Neuköllner Engagement-Zentrum
 299 nahe dem Richardplatz soll auch in anderen Neuköllner Ortsteilen noch stärker sichtbar
 300 werden.

301 Neben baulichen Maßnahmen wie die Sanierung von Spielätzen müssen vorhandene
 302 Projektstrukturen verstetigt, die neue eingerichtete Stadtteilkoordination als
 303 Ansprechpartnerin vor Ort, Nachbarschaftsgremien und lokale Beratungs- und
 304 Bildungsangebote, erhalten und gestärkt werden. Es geht darum, an erfolgreiche soziale,
 305 ökologische und städtebauliche Projekte bisheriger QM-Arbeit im Wohnumfeld anzuknüpfen und
 306 neue zu initiieren. Dafür reicht aber das reine Ehrenamt nicht aus – es braucht auch die
 307 unmittelbare Anknüpfung in der Verwaltung. Wir GRÜNE wollen die sozialraumorientierte
 308 Stadtteilkoordination als Netzwerk- und Schnittstelle zwischen den Engagierten vor Ort und
 309 der Verwaltung personell stärken. Nachdem dieses Konzept in Neukölln jahrelang blockiert
 310 wurde, ist es uns in der letzten Wahlperiode endlich gelungen, die Umsetzung zu beginnen.
 311 Daran wollen wir weiter arbeiten und so die Zivilgesellschaft in den Kiezen mit der
 312 Politik und Verwaltung enger verzahnen.

313 Stadtteiltreffpunkte in Neukölln wie das Nachbarschaftsheim Neukölln, der
 314 Nachbarschaftstreff Buckow, das Stadtteilbüro Reuterkiez oder die
 315 Selbsthilfekontaktstellen in Neukölln-Süd und Nord finanzieren sich häufig aus ganz
 316 unterschiedlichen Töpfen. Ohne diese Ankerinstitutionen vor Ort würden wichtige Akteure in
 317 den Kiezen fehlen. Wir GRÜNE wollen die wichtige Arbeit sozialer Träger in Neukölln auf
 318 stabile Füße stellen und die häufig noch stark projektbasierte Finanzierung auf eine
 319 dauerhafte Finanzierung notwendiger Aufgaben durch Bezirk und Land umstellen.

320
 321 Obwohl Räume immer knapper werden, stehen bezirkliche Grundstücke und teilweise auch
 322 Gebäude leer. Mal hängt es an der Finanzierung des geplanten Neubaus, mal hakte es an der
 323 Sanierung nicht voran. Das können wir uns nicht mehr leisten. Wir wollen alle un- und
 324 untergenutzten bezirklichen Liegenschaften auf mögliche kulturelle, soziale oder
 325 ökologische Zwischennutzungen prüfen um diese zu ermöglichen. Hierfür wollen wir klare und
 326 transparente Kriterien schaffen, welche Flächen für welchen Zeitraum kreativ genutzt werden
 327 können.

328 Mehr Platz für Kinder: Spielplätze erhalten, Spielstraßen schaffen

329 Kinderbrauchen Platz und Freiräume! In Neukölln gibt es sehr schöne, aber leider zu wenige
 330 Spielplätze. Unser Bezirk liegt mit seinem Flächenanteil für Spielplätze pro Kind weit
 331 unter dem Berliner Durchschnitt. Gerade im eng bebauten Norden fehlt es an Flächen, auf
 332 denen Kinder ihrem Bewegungsdrang ungefährdet freien Lauf lassen können. Daher werden wir
 333 auch zukünftig alle Finanzquellen nutzen, etwa aus der Städtebauförderung, um Spielplätze
 334 zu sanieren oder neu anzulegen. Wir GRÜNE fordern mehr Spielplätze und eine stärkere Rolle
 335 der Spielplatzkommission. Eltern, Kinder und Jugendliche sollen schon bei der Planung von
 336 Spiel- und Freizeitflächen von der Bezirksverwaltung und der BVV gemeinsam an Vorschlägen
 337 und Anregungen für bestehende und zukünftige Spiel- und Freizeitflächen arbeiten. Dort wo
 338 möglich, wollen wir die Aufstellung von öffentlichen Trinkwasserspendern, Toiletten und
 339 Wickelräumen. Beschlossene Spielplätze wie z.B. an der Zeitzer Straße geben wir nicht auf,
 340 nur weil sich die Eigentümer*innen lukrativere Nutzungen wünschen.

341 Während der (temporären) Schließungen von Kitas und Schulen haben wir erste Erfahrungen
342 mit temporären Spielstraßen gemacht. Insbesondere für Familien waren die Freiflächen ein
343 Gewinn; Kinder erhalten so zusätzliche Möglichkeiten zum Austoben. Dieses Angebot soll
344 weiter ausgearbeitet, ausgebaut und verstetigt werden. Auch durch die dauerhafte autofreie
345 Umgestaltung von Straßen und Plätzen, wie am Böhmischem Platz, wollen wir neue Spiel- und
346 Freizeitflächen für Familien schaffen.

347 Neukölln gemeinsam für alle entwickeln

348 Inklusive Stadtentwicklung, Mobilitäts- und Verkehrspolitik bedeutet für uns auch mehr
349 Mitsprache für Anwohnende und Initiativen. Dazu gehört für uns sowohl die enge
350 Zusammenarbeit mit den zahlreichen Initiativen der engagierten Neuköllner
351 Zivilgesellschaft als auch die Stärkung der bezirklichen Gremien, in denen
352 Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zusammenkommen. Den bezirklichen FahrRat, in dem
353 über die Pläne der Verwaltung und Vorschläge der Zivilgesellschaft diskutiert wird, haben
354 wir reaktiviert, bringen uns aktiv ein und sind jederzeit offene Ansprechpartner für
355 Fahrrad- und Umweltverbände. Wir werden einen Fußverkehrs-Rat für den Bezirk einrichten,
356 der u.a. an der Erstellung des bezirklichen Fußverkehrsnetzes mitarbeitet.

357 Wir GRÜNE wollen, dass Anwohnende im gesamten Bezirk insbesondere bei Verkehrskonzepten,
358 Straßenbaumaßnahmen und bei der Neugestaltung von Plätzen und Kiezen stärker beteiligt
359 werden. Dies soll beispielsweise durch Beteiligungsveranstaltungen und -verfahren
360 entsprechend der Berliner Leitlinien der Bürger*innenbeteiligung geschehen, die wir auch
361 auf Bezirksebene weiter fortentwickeln und dauerhaft etablieren wollen.

362 Ein wichtiges stadtentwicklungs- und verkehrspolitisches Projekt ist die Umgestaltung des
363 Hermannplatzes. Wir GRÜNE wollen hier die Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität für
364 alle Menschen erhöhen. Dafür wollen wir die Straßenflächen für Autos und andere
365 motorisierte Fahrzeuge deutlich reduzieren und mit separaten Radwegen eine sichere
366 Verbindung über den Platz schaffen. Der motorisierte Verkehr soll auf einer Seite des
367 Platzes konzentriert und auf der anderen ausgeschlossen werden. Auf den gewonnenen Flächen
368 des Platzes möchten wir neue Aufenthaltsmöglichkeiten beispielsweise durch
369 Sitzgelegenheiten schaffen. Den Markt wollen wir in alle Planungen einbeziehen und als
370 Nahversorger auf dem Platz erhalten. Um den Hermannplatz als Aufenthaltsraum und für den
371 Wochenmarkt zu sichern, soll die geplante Tram in der Urbanstraße eine Endhaltestelle
372 erhalten.

373 Den von SIGNA vorgeschlagenen Neubau eines Monumentalgebäudes am Hermannplatz mit seinem
374 massiven Gebäudekörper und dominanten Gebäudehöhe lehnen wir GRÜNE ab. SIGNA spekuliert
375 mit einer „Premiumimmobilie“ auf überdurchschnittliche Renditen, die auch im Umfeld zu
376 erheblichen Mietsteigerungen und so zur Verdrängung umliegender Gewerbetreibender und
377 Mieter*innen führen würde. Voraussetzung für eine stadtverträgliche Umgestaltung des
378 Kaufhausstandortes am Hermannplatz ist für uns ein ergebnisoffenes und transparentes
379 Verfahren unter Einbeziehung der Berliner Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung. Dabei
380 steht der Erhalt des Kaufhausstandortes im Fokus Sanierung des Bestandsgebäudes hat
381 Vorrang vor einem Neubau.

382 Soziale Infrastruktur, Kultur und Gewerbe schützen

383 Viele Neuköllner Gewerbetreibende und soziale Einrichtungen haben erhebliche Probleme,
384 bezahlbare Geschäftsräume zu finden oder halten zu können. Derzeit existiert kein Schutz
385 für Gewerbemietende*innen, ob bei existenzgefährdenden Pachterhöhungen oder Kündigungen. Wir
386 GRÜNE fordern, dass der Bundesgesetzgeber das Gewerbemietrecht überarbeitet und wollen,

387 dass der Bezirk hier seinen politischen Einfluss geltend macht. Außerdem plädieren wir für
388 eine gezielte Vermietung an gemeinwohlorientierte Initiativen und soziale Infrastruktur.

389 Soziale Infrastruktur wie Kitas und kulturelle Einrichtungen sollen bei der baulichen
390 Planung konsequent mitgedacht werden. Bei größeren Bauvorhaben muss das Bezirksamt auf
391 einen Anteil günstiger Gewerbeflächen z.B. im Erdgeschoss drängen. Beim Senat soll sich
392 Neukölln für den Ankauf von Gewerbeflächen und Liegenschaften einsetzen, welche dann zu
393 günstigen Konditionen an soziale Infrastruktur, kulturelle Einrichtungen,
394 Unternehmensgründer*innen oder gemeinnützige Organisationen vergeben werden. Außerdem
395 setzen wir GRÜNE uns auf der Berliner Landesebene dafür ein, Nutzungsflächen für Kultur
396 und soziale Projekte einzuplanen. In der Entwicklung von Quartieren muss Raum für Kunst &
397 Kultur von Anfang an mitgedacht und eingeplant werden. Wir unterstützen, dass
398 vorübergehend leerstehende Flächen und Räume übergangsweise für kulturelle (Zwischen-
399)Nutzungen zur Verfügung stehen.

400 Die Kiezmischung mit ihren Flächen für Handwerk, kleine Gewerbe neben Wohngebäuden soll
401 bleiben. Neukölln braucht in Wohngebieten keine neuen Hotels, reine Bürogebäude oder
402 großflächigen Einzelhandel. Wir GRÜNE wollen alle Möglichkeiten des Bauplanungsrechts
403 nutzen, um die derzeitige gewerbliche Durchmischung unserer Kieze zu schützen.

404 Neukölln braucht aber auch darüber hinaus mehr Räume zur Begegnung und zur
405 Selbstentfaltung – für Kinder und Jugendliche, für Communities, für die Nachbarschaft.
406 Darum möchten wir GRÜNE die bereits bestehende Nutzung öffentlicher Räume zusätzlichen
407 Gruppen erleichtern. So sollen etwa Schulräume auch außerhalb des Unterrichts und in den
408 Ferien genutzt und Schulsportanlagen an den Wochenenden sowie den Nachmittags- und
409 Abendstunden nach Schulschluss für Vereins- und Freizeitsport zugänglich gemacht werden.
410 Auch Außerschulischen Initiativen, Künstler*innen und Kulturschaffende möchten wir den
411 Zugang zu diesen Räumen erleichtern. In dem Zusammenhang soll auch die Zusammenarbeit von
412 Schulen und freien Projekten vereinfacht werden. Das erfordert Koordination, Aufsicht und
413 Begleitung. Hierzu wollen wir den Schulen die Mittel bereitstellen, beginnend mit
414 ausreichend Stellen für Hausmeister*innen – denn die „Öffnung“ fängt ganz praktisch mit
415 dem Aufschließen und der Vorbereitung der Räume an. Wir GRÜNE setzen uns zudem für ein
416 zentrales Raumvergabemanagement im Bezirk ein, um die Raumsuche für Vereine, Initiativen
417 und Anwohnenden zu vereinfachen. Hierfür wollen wir ein entsprechendes Pilotprojekt
418 einrichten.

419 Gastronomie und Tourismus kiezverträglich gestalten

420 Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Neukölln. Gleichzeitig stellt er für
421 viele Anwohner*innen in ihrem Alltag eine erhebliche Belastung dar. Touristische Angebote
422 dürfen nicht zu Lasten der Anwohner*innen sein. Dafür entwickeln wir Konzepte eines
423 kiezverträglichen Tourismus. Derzeit konzentriert sich das Geschehen noch stark auf
424 Gebiete im Norden Neuköllns. Wir GRÜNE möchten, dass die Vielfalt des Bezirks wahrgenommen
425 wird und wollen existierende touristische Angebote insbesondere im Süden des Bezirks
426 stärken. So können beispielsweise durch gezielte Stadtführungen vorhandene
427 Sehenswürdigkeiten – die Gropiusstadt als Beispiel für Großsiedlungen, das Weltkulturerbe
428 Hufeisensiedlung, der Mauerweg Abschnitt Neukölln, der Britzer Garten – stärker in den
429 Fokus gerückt werden. Der neu eingesetzte bezirkliche Tourismus-Beirat soll das Neuköllner
430 Tourismuskonzept aktiv begleiten und die unterschiedlichen Interessen in die
431 Bezirkspolitik einbringen.

432 Die lokale Gastronomie soll auch auf Außenflächen kiezverträgliche Angebote machen können.
433 Dabei wollen wir Lösungen finden, die die Bedürfnisse der Anwohnenden respektieren und
434 gleichzeitig auch die lokale Gastronomie unterstützen. Eine Erlaubnis für

435 Außengastronomie-Flächen soll etwa nur erhalten, wer sich rücksichtsvoll verhält und die
436 Ruhezeiten einhält. Bereits genehmigte Außenflächen von gastronomischen Betrieben möchten
437 wir durch Kennzeichnungen sichtbar machen und an geeigneten Stellen von den Gehwegen auf
438 die Straße verlagern. Dafür wollen wir Parkplätze umwidmen.

439 Durch die stetige Zunahme von gastronomischen Nutzungen und Besucher*innen sind viele
440 Kieze im Norden Neuköllns stark belastet. Die in der Gastronomie erzielbaren Mieten führen
441 etwa zur Kündigung und Verdrängung kleinerer Kiezläden und sozialer Einrichtungen. Der
442 Reuterkiez ist besonders stark betroffen. Hier wollen wir GRÜNE neue Maßnahmen erproben.
443 Die Bestandsaufnahme der Gewerbenutzungen im Reuterkiez, die das Bezirksamt in dieser
444 Wahlperiode auf unsere Initiative durchgeführt hat, ist eine wichtige Grundlage, um die
445 Entwicklung steuern zu können. Unser Ziel ist es, möglichst keine neuen
446 Gastronomiebetriebe mehr zuzulassen. Dieses Projekt wollen wir in der nächsten Wahlperiode
447 auch auf andere Kieze ausweiten, um auch diese vor der einseitigen Ausrichtung auf
448 gastronomisches Gewerbe zu schützen.

449 In vielen Bereichen – wie bei Lärm und Müll – sind die Folgen touristischer und nicht-
450 touristischer Nutzung schwer abgrenzbar. Party-Hostels gehören jedoch nicht in
451 Wohngebiete, schon gar nicht in ruhige Innenhöfe. Wir GRÜNE haben hier in der aktuellen
452 Wahlperiode klar einen Schwerpunkt auf die Ruhe der Bewohner*innen gesetzt und
453 Hostelnutzungen in Innenhöfen konsequent einen Riegel vorgeschoben, wo immer das rechtlich
454 möglich war. Neue Hotels und Hostels in Wohngebieten wollen wir verhindern. Um Tourismus
455 kiezverträglich zu gestalten, wollen wir einen Runden Tisch Reuterkiez einrichten, der in
456 einem Mediationsprozess mit allen Beteiligten, dem Tourismus-Beirat und der Verwaltung
457 Problemlagen identifiziert und Lösungen, insbesondere hinsichtlich der Lärmbelästigung,
458 erarbeitet. Erfolgreiche Maßnahmen sollen auf andere stark frequentierte Kieze
459 (Schillerkiez, Richardkiez, etc.) übertragen werden.